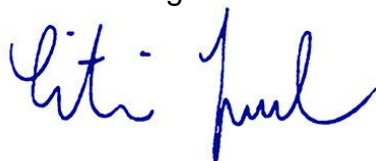


Sehr geehrte Damen und Herren,

in der vergangenen Plenarwoche wurde das Thema „Neukonzeption des Plenarbereichs“ diskutiert. Im Vorfeld ist eine Grobschätzung des Finanzministeriums bekannt geworden, die den vorgegebenen Finanzrahmen sprengen würde. Wir haben deutlich gemacht, dass es für uns nun wichtig ist, Transparenz bei den kalkulierten Kosten zu erreichen. Dies gilt sowohl für einen Neubau als auch für eine Sanierung.

Strittig wurde ebenfalls die Frage der Endlagersuche für den Atommüll debattiert. Gero Hocker, unser umweltpolitischer Sprecher, machte im Plenum deutlich, dass die ergebnisoffene Suche fortgesetzt werden müsse, um endlich zu gesicherten Ergebnissen zu kommen.

Viele Grüße!



Christian Grascha MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer
Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

FDP-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Tel. (0511) 30 30 34 11
Fax (0511) 30 30 48 63

christian.grascha@lt.niedersachsen.de
www.fdp-fraktion-nds.de

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeines/Personalien	
1.1 Personalien.....	2
2. Soziales, Familie, Frauen, Gesundheit u. Integration	
2.1 Mündliche Anfrage zum Nds. Krebsregister.....	3
2.2 Suizid im Alter.....	3
2.3 Nds. Armuts- und Reichtumsberichterstattung...4	
2.4 Geschlossene intensivtherapeutische Wohngruppe des Caritas-Sozialwerkes St. Elisabeth in Lohne	4
3. Haushalt und Finanzen; Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	
3.1 Zukünftiger Umgang mit Steuerhinterziehern ..	5
4. Agrar und Umwelt	
4.1 Tierschutz	6
4.2 Endlagerung kerntechnischer Abfälle	6-7
4.3 Energieeffizienz	7
5. Bildung, Wissenschaft und Kultur	
5.1 Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren	8
5.2 Übergang Schule - Beruf.....	8-9
5.3 Offene Hochschule – studieren ohne Abitur	9
5.4 Modernisierung des Landtages	10

1. Allgemeines / Personalien

Ansprechpartnerin: Bianca Beyer, Telefon 0511 3030-4308



1. Personalien

Die bisherige Innen- und Rechtsreferentin der Fraktion, Nicole Gerlach, ist seit Anfang Februar persönliche Referentin des Ministers für Umwelt und Klimaschutz, Hans-Heinrich Sander. Die Stelle wurde ausgeschrieben und wird voraussichtlich zum 01. März wieder besetzt.

Außerdem hat Patrick Schlupp, Fraktionsreferent für die Bereiche Bildung sowie Europa und Medien, die Fraktion zum 15. Februar verlassen, um sich neuen Aufgaben in Brüssel zu widmen.

Den Bereich Bildung hat die bisherige Fachreferentin für die Bereiche Wissenschaft und Kultur, Juliane Topf, übernommen.

Die Themengebiete Europa und Medien werden zukünftig von Fabian Fischer, dem Referenten für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr sowie Haushalt und Finanzen, betreut.

Die Aufgabenverteilung und die Kontaktdaten aller Mitarbeiter können Sie auch auf unserer Homepage unter folgendem Link nachlesen:

www.fdp-fraktion-nds.de/Mitarbeiter

2. Soziales, Familie, Frauen, Gesundheit und Integration

Wissenschaftliche Fachreferentin: Nadine Passenheim; Telefon 0511 3030-4306



2.1 Mündliche Anfrage zum Niedersächsischen Krebsregister

Das vom Land Niedersachsen eingerichtete Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen (EKN) hat die Aufgabe, die neu auftretenden und insgesamt vorliegenden Krebserkrankungen sowie die durch Krebs verursachten Todesfälle in Niedersachsen zu dokumentieren und auszuwerten. Nach dem Gesetz besteht für Krebserkrankungen ein Melderecht, mit Einwilligung des Betroffenen, für alle in ambulanten und stationären Versorgungen tätigen Ärzte und Zahnärzte sowie eine Meldepflicht für Ärzte und Zahnärzte, die ohne persönlichen Kontakt zu den Betroffenen mikroskopische Verfahren zur Befunderhebung anwenden.

Die mündliche Anfrage der Abgeordneten Roland Riese und Björn Försterling ergab, dass dem Krebsregister bisher Daten von ca. 825.000 erkrankten Menschen vorliegen. Von denen, die zunächst ihre Einwilligung in die Meldung gegeben haben, haben seit dem Jahr 2000 insgesamt 71 Personen ihre Meldung widerrufen. Wie viele Personen ihre Einwilligung von vorn herein nicht erteilt haben, kann nicht zurückverfolgt werden.

Hintergrund der Anfrage ist die von der Landesregierung geplante Einführung einer allgemeinen Meldepflicht. Hierbei müssen die Allgemeininteressen sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung hinreichend abgewogen werden.

2.2 Suizid im Alter

Der Änderungsantrag „Suizid im Alter – beraten, aufklären, Kompetenzen stärken“ stand im Februar-Plenum auf der Tagesordnung. Die öffentliche Anhörung zu diesem Thema im September des vergangenen Jahres hat deutlich gemacht, dass dieses Problemfeld bedeutend ist. Zugleich hat sich aber auch gezeigt, dass vom Bund über die Akteure in der Gesundheitswirtschaft, bis hin zu den ehrenamtlich Tätigen bei der freien Wohlfahrt viele tätig sind, um Einsamkeit vorzubeugen, bei seelischen und psychischen Problemen gerade auch Älterer, Hilfe gezielt anzubieten und der Vereinsamung vorzubeugen. Vom Nationalen Suizidpräventionsprogramm bis zu Besuchsdiensten der Caritas und der Diakonie sind viele Professionelle und Ehrenamtliche mit der Problematik befasst. Ziel ist es daher, die Landschaft der psychiatrischen Versorgung in Niedersachsen dergestalt zu entwickeln, dass sich die Wartezeiten für Beratung und Behandlung im Ergebnis deutlich verkürzen. Aber auch in der Ausbildung des medizinischen und pflegerischen Fachpersonals wird der Gesichtspunkt der Altersdepression und möglicher Suizidneigung künftig einen größeren Stellenwert einnehmen müssen.

2. Soziales, Familie, Frauen, Gesundheit und Integration

Wissenschaftliche Fachreferentin: Nadine Passenheim; Telefon 0511 3030-4306



2.3 Niedersächsische Armuts- und Reichtumsberichterstattung

Ebenfalls standen auf der Tagesordnung ein Antrag der Fraktion DIE LINKEN zur Niedersächsischen Armuts- und Reichtumsberichterstattung und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Mit der handlungsorientierten Sozialberichterstattung, die 2008 auf den Weg gebracht wurde, werden erstmalig Daten einer Region wie Wachstum oder Beschäftigung in Beziehung zu Daten gesetzt, die Aufschluss über die Lebenslage von Kindern und Jugendlichen geben können. Die politische Aufgabe kann daher nur darin liegen, den Menschen Chancen zu eröffnen, sie zu motivieren und aufzuklären, damit sie ihr Leben eigenverantwortlich und mit freien Entscheidungen gestalten können. Seit CDU und FDP in Niedersachsen regieren, hat sich die Schulabbrecherquote stetig verringert. Mittlerweile werden ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche umworben, da mehr Ausbildungsplätze als Bewerber vorhanden sind.

2.4 Geschlossene intensivtherapeutische Wohngruppe des Caritas-Sozialwerkes St. Elisabeth in Lohne

Kontrovers diskutiert wurde ein Antrag der Fraktion DIE LINKEN das geschlossene Heim für Kinder und Jugendliche in Lohne zu schließen. In den Koalitionsverträgen von 2003 und 2008 haben sich die Regierungsfractionen für eine solche Heimunterbringung ausgesprochen. Mit dem Heim in Lohne wird hochgradig gefährdeten und kriminellen Kindern und Jugendlichen eine letzte Chance geboten, mit erzieherischen und therapeutischen Konzepten eine Zukunftsperspektive ohne Kriminalität zu entwickeln.

3. Haushalt und Finanzen Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Wissenschaftlicher Fachreferent: Fabian Fischer; Telefon 0511 3030-4305



3.1 Zukünftiger Umgang mit Steuerhinterziehern

Im Rahmen des Februar-Plenums fand die abschließende Beratung des SPD-Antrages „Keine Sonderrechte für Steuerhinterzieher – Straffreiheit durch Selbstanzeige abschaffen“ statt.

Im Rahmen der Debatte stellte der finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Christian Grascha, fest, dass die strafbefreiende Selbstanzeige zwar nicht die beste, aber die effektivste Lösung für den Umgang mit „reuen“ Steuersündern ist. Dennoch sollte aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion eine Verschärfung der geltenden Regeln stattfinden. Die von der schwarz-gelben Bundesregierung vorgeschlagenen strengeren Regeln bei der strafbefreienden Selbstanzeige sind daher zu begrüßen.

Eine Verschärfung könnte durch einen Verwaltungszuschlag für Steuersünder geschehen. Damit würden Steuersünder nicht mehr wie diejenigen behandelt, die ihre Steuern lediglich aus Unachtsamkeit ein paar Tage zu spät zahlen. Dafür müsste allerdings eine verfassungskonforme Regelung gefunden werden.

Die Forderung der SPD nach einer völligen Abschaffung der Straffreiheit bei Selbstanzeige hingegen geht zu weit. Eine Selbstanzeige ist deutlich einfacher abzuwickeln und für die Staatshaushalte erfolgreicher als die Alternative eines steuerstrafrechtlichen Ermittlungsverfahrens. Im Rahmen eines solchen Verfahrens müssten die Besteuerungsgrundlagen ermittelt und bewiesen werden. Hinzu kommt, dass sich in vielen Fällen Rechtsbehelfsverfahren an die Steuerstrafverfahren anschließen würden. Demgegenüber wird mit einer wirksamen Selbstanzeige sichergestellt, dass die hinterzogenen Steuern – nebst Zinsen – zeitnah nachgezahlt werden.

4. Agrar und Umwelt

Wissenschaftlicher Fachreferent: Axel Rehwinkel; Telefon 0511 3030-4312



4.1 Tierschutz

Im Februar-Plenum war der Tierschutz wieder einmal Thema im Landtag. Diesmal hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Berichterstattung in der Presse über ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren gegen ein Legehennenzuchtunternehmen zum Anlass genommen, eine Dringliche Anfrage zu stellen. Gert Lindemann, Minister für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung, nahm umfänglich Stellung zu den Vorwürfen und stellte die Chronologie der Ereignisse und die Zuständigkeiten in den Vordergrund. Darüber hinaus wurden die künftigen Vorhaben der Landesregierung in Sachen Tierschutz vorgestellt. Neben einem Lenkungsausschuss wird es einen Tierschutzplan geben. Dieser wird für zwölf relevante Nutztierarten den Handlungsbedarf zum Tierschutz und Lösungswege aufzeigen. Niedersachsen wird sich in Sachen Tierschutz mit allen Betroffenen, also mit Tier- und Verbraucherschützern, wirtschaftlich Betroffenen und Wissenschaftlern, an einen Tisch setzen und Problemlösungen erarbeiten. Der Tierschutzplan umfasst 38 Schwerpunktthemen und die Umsetzung wird noch in diesem Jahr beginnen und bis 2018 abgeschlossen sein. Niedersachsen wird in Sachen Tierschutz weiterhin maßgeblich sein und Intentionen bis auf die EU-Ebene liefern. Minister Lindemann hat sich in diesem Zusammenhang und im Namen der Landesregierung unmissverständlich für die Einführung eines Tierschutzlabels ausgesprochen. Die Landesregierung folgt somit einer Forderung von Jan-Christoph Oetjen, der sich in einer Anfrage im Dezember-Plenum, in mehreren Gesprächen mit dem Ministerium und in einer Presseerklärung für die Einführung ausgesprochen hat. Das Tierschutzlabel muss auf freiwilliger Basis eingeführt werden und deutlich über den gesetzlichen Mindestanforderungen liegen. Die Verbraucher erhalten damit echte Wahlfreiheit bei ihrer Kaufentscheidung, ein Werben mit Selbstverständlichkeiten in Sachen Tierschutz wird es nicht geben.

4.2 Endlagerung kerntechnischer Abfälle

Das Thema Endlagerung kerntechnischer Abfälle war auch wieder im Februar-Plenum Gegenstand des parlamentarischen Diskurses. Diesmal war der Besuch von Bundesumweltminister Röttgen im Kreistag von Lüchow-Dannenberg und die grundsätzliche Auseinandersetzung über den Umgang mit End- und Zwischenlagern Bestandteil der Redebeiträge. Gero Hocker hielt den Oppositionsfraktionen vor, dass sie die Debatte bewusst emotionalisieren und Argumente dabei auf der Strecke bleiben. „Wenn die Bundesregierung dem Kreistag Lüchow-Dannenberg ein Dialogangebot macht, ist niemandem damit gedient, wenn sie ausgepiffen wird und nicht zu Wort kommt.“ Vorbehalte, Festlegungen und Ideologien führen bei der Opposition zielsicher zur Vermischung von Sachverhalten, die faktisch nichts miteinander zu tun haben. Die Zwischenlager in Deutschland sind losgelöst von der Erkundung des Salzstockes in Gorleben zu betrachten. Die Forderung nach der Erkundung weiterer Standorte führt, aus geologischen Gründen, wieder nach Niedersachsen, so dass man anstatt neuer Erkenntnisse lediglich Zeitverluste einführt. Die ergebnisoffene Erkundung von Gorleben bedeutet, dass man auf der Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen über die Eignung oder Nicht-Eignung entscheidet. Dazu Gero Hocker: „Wenn Sie Gorleben jetzt aufgeben, dann gewinnt die Politik die Oberhand, und die Wissenschaft guckt in die Röhre.“ Für die FDP-Landtagsfraktion bleiben weiterhin belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse Grundlage für nachhaltige politische Entscheidungen. Sollte sich während der Erkundung herausstellen, dass die Eignung von Gorleben als Endlager nicht gegeben ist, werden spätestens dann neue Wege für ein sicheres Endlager in Deutschland beschritten.

4. Agrar und Umwelt

Wissenschaftlicher Fachreferent: Axel Rehwinkel; Telefon 0511 3030-4312



Für wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle kommen nach heutigem Erkenntnisstand drei Gesteinsformationen in Betracht: Steinsalz, Ton und Granit. Niedersachsen verfügt über größere Vorkommen von Ton und Steinsalz, so dass auch parallele oder zukünftige Standortsuchen bei uns stattfinden würden oder werden. Auch für Umweltminister Sander steht fest, dass erst belastbare Ergebnisse über die Eignung von Gorleben über das weitere Vorgehen entscheiden werden. Das Agieren der Opposition in Sachen Gorleben und Endlagerung von kerntechnischen Abfällen ist und bleibt unverantwortlich und populistisch.

4.3 Energieeffizienz

Am Donnerstag stand das Thema Energieeffizienz auf der Tagesordnung. 60 Prozent des gesamten Stromverbrauchs fallen bereits heute in Industrie und Gewerbe an, insbesondere in der Produktion. Eine Steigerung des Stromverbrauchs von über 50 Prozent ist zudem bis 2025 vorhergesagt. Vor diesem Hintergrund haben FDP und CDU einen Entschließungsantrag zur Ressourcenschonung und zur Steigerung der Energieeffizienz in Industrie und Gewerbe eingebracht. Um den Ansprüchen zur Ressourcenschonung einerseits und andererseits einer boomenden Wirtschaft und der Sicherung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze gerecht zu werden, müssen in diesem Bereich sämtliche Einsparpotentiale genutzt werden, forderte der umweltpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Gero Hocker. In seinem Redebeitrag hob Hocker hervor, dass, bei allem Streit über die heutige und künftige Energiepolitik, parteiübergreifend das Ziel der Effizienzsteigerung unumstritten sein sollte: „Wir sollten uns aber einig sein, ..., dass jede nicht verbrauchte Kilowattstunde Energie erst gar nicht erzeugt werden muss und wir deshalb das Potential der Energieeinsparung heben müssen“, so Gero Hocker.

Durch die Initiative „Transferzentren Energieeffizienz“, gefördert durch das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz, werden bereits heute über 70 Betriebe in Niedersachsen unterstützt. Durch Investitionen von über acht Mio. Euro konnten bereits über 80 Gigawattstunden, oder der Stromverbrauch von 16000 Haushalten, pro Jahr eingespart werden. Durch das voneinander Lernen durch „Best Practice“-Beispiele erhalten Industrie und Gewerbe in den Transferzentren Unterstützung bei der Umsetzung von Konzepten für ein besseres Energiemanagement und mehr Energieeffizienz. Hocker betonte, dass es sich bei diesem Thema um eine wahre Erfolgsstory für die teilnehmenden Unternehmen, aber auch für die ganze Gesellschaft handelt. Wenn Unternehmerpersönlichkeiten mithelfen, Energie zu sparen, schonen sie ihre Liquidität und gleichzeitig profitiert jeder von ihrer ressourcenschonenden Produktionsweise.

5. Bildung, Wissenschaft und Kultur

Wissenschaftliche Fachreferentin: Juliane Topf; Telefon 0511 3030-4313



5.1 Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren

Im Rahmen des Februar-Plenums wurde abschließend über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zur Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren debattiert.

Familienzentren sind Kindertageseinrichtungen, die eine intensive Zusammenarbeit mit Eltern und Familie pflegen. Darüber hinaus werden mit diesem Begriff eine Bildungs- und Erziehungspartnerschaft sowie eine Vernetzung im Sozialraum angestrebt. Bereits jetzt ist es Auftrag einer jeden Kindertageseinrichtung, den Kontakt zu den Eltern und damit auch die Vernetzung zum Sozialraum zu pflegen. Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Björn Försterling, betonte, dass Kindertagesstätten schon heute die Möglichkeit haben, sich zu Familienzentren weiter zu entwickeln. Dies zeigt, dass schon in der Vergangenheit 80 Familienzentren in Niedersachsen eingerichtet wurden.

Bedarf ein Träger einer Einrichtung einer intensiven Vor- und Nachbereitung, so übernimmt das Land 20 Prozent der Personalkosten und im Krippenbereich 43 Prozent. Das gilt, nach Aussagen des Niedersächsischen Kultusministeriums, auch im Rahmen der Weiterentwicklung zu Familienzentren. Darüber hinaus hat das Land, zur verbesserten Vernetzung der Angebote, im Bereich der frühkindlichen Bildung und des Sozialraums bereits vor einiger Zeit die Familienservicebüros geschaffen.

Für die FDP-Fraktion steht aber im Vordergrund, dass sich die Träger mit ihren Einrichtungen im Rahmen dieser Möglichkeiten freiwillig zu Familienzentren weiterentwickeln, und dass für diesen Fall auch die Finanzierung abgesichert ist. Der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen hätte für das Land finanzielle Folgekosten in Höhe von 12 Millionen Euro mit sich gebracht und für die Kommunen Folgekosten in Höhe von 48 Millionen Euro. Diese würden sich teilweise über Elternbeiträge refinanzieren können, so dass auf die Eltern in Niedersachsen eine Mehrbelastung von jährlich ca. 12 Millionen Euro zugekommen wäre.

Daher wurde der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von FDP und CDU abgelehnt.

5.2 Übergang Schule - Beruf

Jungen Menschen muss eine berufliche Perspektive nach dem Schulabschluss geboten werden. Hierfür setzen sich FDP und CDU ein und haben im Februar-Plenum einen Entschließungsantrag eingebracht, durch den der Übergang von der Schule in den Beruf sichergestellt wird und Ausbildungsschleifen vermieden werden. Ziel ist eine frühzeitige Berufsorientierung sowie eine verbesserte Verzahnung zwischen den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Dem Absolventen muss es ermöglicht werden, direkt nach dem Abschluss eine Ausbildungsstelle im dualen System aufnehmen zu können.

Mit dem Ausbildungspakt 2010 bis 2013 hat die Niedersächsische Regierung bereits einen ersten Schritt gemacht, um den jungen Menschen einen Abschluss zu ermöglichen und gleichzeitig den Unternehmen die Besetzung ihrer Ausbildungsplätze zu sichern.

5. Bildung, Wissenschaft und Kultur

Wissenschaftliche Fachreferentin: Juliane Topf; Telefon 0511 3030-4313



In diesem Zusammenhang spielen bisher eingeführte Projekte eine Schlüsselrolle. Diese Projekte sind unter anderem die Ausbildungslotsen, „Auszubildende gesucht“, „Schneller in Ausbildung“ und „Pro Beruf“ sowie das Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Abschluss und Anschluss“. An letzterem ist Niedersachsen mit 107 Schulen beteiligt. Der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Björn Försterling, machte deutlich, dass es wichtig ist, diese erfolgreichen Projekte weiterhin abzusichern. Da ein Teil dieser Projekte aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert wird, ist es wichtig, bereits heute die entscheidenden Signale nach Brüssel zu senden, dass das Land Niedersachsen auch für die kommende Förderperiode von 2014-2020 aus den ESF-Mitteln diese Projekte unterstützen will. Dieses bringt der Entschließungsantrag von FDP und CDU deutlich zum Ausdruck.

5.3 Offene Hochschule – studieren ohne Abitur

Im Rahmen der Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes haben FDP und CDU 2010 das Modellprojekt der offenen Hochschule ins Leben gerufen. Mit der Einführung leistet Niedersachsen einen wesentlichen Beitrag für das lebenslange Lernen, unterschiedliche Bildungsangebote durchlässiger zu gestalten und diese besser miteinander zu verzahnen. Das Modellprojekt der offenen Hochschule wird bis Ende 2012 mit 3,2 Mio. Euro gefördert und bezieht sich im Wesentlichen auf vier Hochschulstandorte. Mit der offenen Hochschule wird beruflich Qualifizierten die Möglichkeit für ein Studium geboten und der Übergang vom Beruf ins Studium erleichtert.

Im Februar-Plenum wurde die offene Hochschule auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen thematisiert.

Die wissenschaftspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Almuth von Below-Neufeldt, machte in der Debatte deutlich, dass seit der Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (Juni 2010) die offene Hochschule große Anerkennung von Studierenden mit beruflicher Ausbildung gefunden hat. Sie betonte auch, dass es in erster Linie wichtig sei, Vorbereitungskurse in Einrichtungen der Erwachsenenbildung anzubieten, damit die künftig Studierenden Kenntnisse über die Organisation eines Studiums erhalten und auch erlernen, wie wissenschaftlich gearbeitet wird. In diesem Zusammenhang muss die Zusammenarbeit der Hochschulen mit den Einrichtungen der Erwachsenenbildung und vor allem auch der Berufsschulen gestärkt werden. Darüber hinaus muss weiterhin ein Anreiz geschaffen werden, dass sich mehr Hochschulen für die offene Hochschule einsetzen und sich die Zahl der Studierenden erhöht – sie werden gebraucht! Frau von Below-Neufeldt wies darauf hin, dass beruflich Qualifizierte über beachtliche Kenntnisse verfügen und ihnen die beruflichen Erfahrungen zu Gute kommen sollen. Diese Zielgruppe hat aber auch Erwartungen im Hinblick auf die Organisation des Studiums (wohnt nah, berufsbegleitend und vereinbar mit der eigenen Familie) sowie auf Inhalt und Qualität der Lehre. Das fördert den Wettbewerb der Hochschulen. Studierende mit einer beruflichen Ausbildung zeichnen sich schließlich auch durch ihre Motivation und Leistungsbereitschaft aus und haben bereits eine klare Berufsorientierung. Durch die selbst gesteckten Ziele der Studierenden wird die offene Hochschule dann zum Erfolgsmodell für die Absolventen.

5. Bildung, Wissenschaft und Kultur

Wissenschaftliche Fachreferentin: Juliane Topf; Telefon 0511 3030-4313



5.4 Modernisierung des Landtages

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen wurde im vergangenen Plenum im Rahmen einer aktuellen Stunde über „einen modernen Landtag: Sanierung statt Abriss – Denkmal und Landeskasse schützen“ debattiert.

Im März 2010 haben sich vier der fünf Landtagsfraktionen, hier neben der FDP auch die CDU, SPD und die Fraktion die LINKE, dafür ausgesprochen, dass eine Gegenüberstellung der Kosten für einen Neubau und einer Sanierung im Bestand des Landtagsgebäudes erforderlich ist. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen hingegen haben diese Gegenüberstellung der Kosten abgelehnt. Die FDP ist der Auffassung, dass eine Sanierung im Bestand risikobehafteter ist als ein Neubau. Denn mit einer Sanierung im Bestand können nicht vorhergesehene Schäden deutlich werden, die schließlich die veranschlagten Kosten übersteigen würden. Es wäre verantwortungslos dem Bürger gegenüber solch ein Risiko einzugehen. Der FDP ist es wichtig im Landtag für einen ausreichenden Brandschutz zu sorgen, moderne Energieeffizienz und einen barrierefreien Zugang für Menschen mit Behinderung zu schaffen.

Der finanzpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Christian Grascha, machte deutlich, dass sich die FDP-Fraktion an den Landtagsbeschluss aus März 2010 gebunden fühlt und sich weiterhin für eine angemessene Lösung für das „Haus der Demokratie in Niedersachsen“ einsetzt. Es ist wichtig, dass der im Vorfeld veranschlagte finanzielle Rahmen in Höhe von 45 Millionen Euro eingehalten wird.

Herr Grascha räumte ein, dass die Schätzungen des staatlichen Baumanagements auch die FDP-Fraktion überrascht hätte. Es sei daher nun erforderlich, ausführliche Gespräche mit dem Architekten, Herrn Prof. Yi, aufzunehmen. In dem Gespräch müssen die entstandenen Differenzen geklärt werden. Zudem plädierte Grascha für eine detaillierte Kostenschätzung für eine Sanierung, um Klarheit zu haben.